

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	04/2024
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	16.04.2024
Zeit:	19:30 Uhr – 22.30 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann und Weber Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz <u>FW</u> Stadträtin Streib Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert <u>CDU</u> Stadträtin Oppelt Stadträte Bernauer, Meyer, Schendzielorz und Wagner <u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Ortsvorsteher Dilsberg</u> Andreas Erles
weiter anwesend:	Malon Weiher (FB 1) Wolfgang Ansorge (FB 5 zu TOP 3) Lisa Vollmer (FB 1 zu TOP 5-7) Jan Seidel (FB 5)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Erles, Weichert und Dr. Welter
Urkundspersonen:	Stadträtin Schlüchtermann und Stadtrat Rehberger
Sachvortrag:	-----

Schriftführerin:

Frau Gruneberg

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19:30 Uhr, begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Besucher und leitet zur Bürgerfragestunde über.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils drei Minuten Redezeit.

Ein Bürger aus Mückenloch spricht, nach eigenen Angaben zum wiederholten Male ein altes Problem an, mit dem er auch die Ortsvorsteher „nerve“: die Ortsdurchfahrt in Mückenloch. Dort sei eine Geschwindigkeitsbegrenzung dringend erforderlich. Seit dem letzten Jahr werde es immer schlimmer, u.a. rasten Autos mit Mosbacher oder Buchener Kennzeichen mit hoher Geschwindigkeit durch den Ort. Dies hinge wohl mit der 30er-Zone in Wiesenbach und den dortigen Radarfallen zusammen. In der Rainbach verreckten die Gullydeckel, einer nach dem anderen. Manches Mal reihe sich Bus an Sattelschlepper an Bus, man wolle sich nicht ausmalen, was passieren könne. Auf diese Problematik möchte er den Bürgermeister und auch die anwesenden Bürgermeisterkandidaten hinweisen. Das Thema müsse unbedingt bei der nächsten Verkehrsfahrt angesprochen werden. In letzter Zeit fahre er morgens oft um 7.30 Uhr mit dem Bus und warte an der Haltestelle in Mückenloch. Es müsse definitiv etwas unternommen werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits aktiv gewesen sei. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung sei aber Sache des Rhein-Neckar-Kreises. Auch Ortsvorsteher Erles sei damals bei der Verkehrsfahrt dabei gewesen. Die vielen Mosbacher und Buchener Autos seien u.a. auch der Problematik geschuldet, dass das Navi diese Strecke als Fahrtweg auswerfe. In Wiesenbach blitze nicht die Gemeinde, sondern der Rhein-Neckar-Kreis, der dafür zuständig sei. Er werde Frau Watzelt bitten, den Sachverhalt nochmals an den Rhein-Neckar-Kreis weiterzugeben, Neckargemünd dürfe hier nicht eingreifen.

Der Bürger bittet darum, dran zu bleiben und zu „bohren“.

Der Bürgermeister sagt dies zu.

Eine Bürgerin spricht als Eigentümerin von Anwesen in der Güterbahnhofstraße und der Melacstraße vor. Es gäbe dort nur einen Gehweg, die Fahrradfahrer passierten die Strecke dort in Gruppen und die Platten klapperten. Das städtische Gebäude in der Güterbahnhofstraße sei zum fremdschämen, vermüllt und mit großen Pfützen im Außenbereich.

Der Bürgermeister bittet um die Frage.

Die Bürgerin sagt, dass die Schreinerei Kölemen direkt daneben einen riesigen Gegensatz darstelle. Ein Stromkasten sei bis auf ihr Grundstück gesetzt worden, Schriftverkehr hierzu läge vor und außerdem gäbe es eine Rattenplage zwischen Bahnlinie und Neckar.

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf den Gehweg und informiert, dass der Fußverkehrscheck ein Landesprogramm sei. Dabei würden zunächst die Stellen im Stadtgebiet abgearbeitet, an denen viel Fußverkehr stattfindet. Diese Frage sei in der Vergangenheit aber schon mehrfach beantwortet worden.

Die Bürgerin meint, dass nichts passiere.

Der Bürgermeister sagt, dass dem nicht so sei und dass es in der Güterbahnhofstraße noch ein weiteres unansehnliches Gebäude gäbe.

Eine Bürgerin aus der Kriegsmühle fragt nach dem Glasfaserausbau. Die dortigen Anwohner hätten Bedenken, dass man abgehängt werde.

Der Bürgermeister informiert, dass das Ausbaugelände von der Netcom BW nach wirtschaftlichen Kriterien festgelegt worden sei, anschließend seien Verträge angeworben worden. Mit der Fibernet stehe er jetzt im Kontakt zwecks eines geförderten Ausbaus, eben an der Kriegsmühle und auch für den Neckarhäuserhof, der ebenfalls nicht im Portfolio der Netcom BW sei. Das angeforderte Angebot fehle leider noch, dann könne der Sachverhalt im Gemeinderat behandelt werden. In beiden Gebieten handle es sich jeweils um ca. 60-70 Einwohner. Dort lohne sich der Ausbau für kommerzielle Anbieter nicht. Der Gemeinderat müsse dann entscheiden, ob die Stadt den Ausbau fördere. Es stehe eine sechsstellige Zahl im Raum. Er stehe mit Herrn Büchs in Kontakt, dieser Tage falle der Startschuss für den Ausbau in Waldhilsbach.

Ein Bürger erinnert an die Sanierung der Hauptstraße vor acht Jahren. Jetzt ruckle es am Marktplatz gehörig und die Fugen müssten nachbearbeitet werden. Bei Aldi sei jetzt nach sechs Monaten bereits nachgesendet worden, was vermutlich der Garantiezeit geschuldet sei, aber es sei gemacht worden. Außerdem beanstandet der Bürger anhand eines aktuellen Fotos die alte Pflanze, die seit 12 Jahren am Alten Rathaus hochwachse. Für Frau Dr. Hettinger könne man diese doch bitte entfernen. Er habe deswegen auch schon den Bauhof und die Feuerwehr angefragt.

Der Bürgermeister informiert den Bürger, dass die Feuerwehr hierfür nicht zuständig sei. Herr Seidel werde es aber an den Bauhof weitergeben. Er bedankt sich bei dem Bürger für seine zwei Anregungen.

Der Bürger sagt, dass es bei der Bürgerin, die neulich 15 Minuten geredet habe, keine Einwände gegeben habe. Er wolle noch eine Sache sagen.

Der Bürgermeister lässt eine weitere Frage zu.

Der Bürger spricht das Holzgestell bei dm Richtung Tankstelle an. Er habe bereits die Filialeiterin von dm und auch Herrn Feuerstein gebeten, dort tätig zu werden, was beide abgelehnt hätten.

Der Bürgermeister teilt mit, dass Herr Feuerstein Recht habe. Die Grünanlage gehöre nicht der Stadt. Zuständig sei der Investor von dm. dm sei der Mieter, von daher wüsste die dortige Filialeiterin vermutlich auch nicht, wer genau zuständig sei. Er werde es aber an den entsprechenden Fachbereich bei dm weitergeben, gleichwohl habe man keinen Einfluss darauf. Abschließend bedankt sich der Bürgermeister bei dem Bürger, den er täglich an der Rainbach arbeiten sehe, in ehrenamtlichem Einsatz für die Stadt.

Der Bürger bedankt sich in diesem Zusammenhang für die Bereitstellung des Humus.

Der Bürgermeister informiert den Bürger noch, dass es sich um eine Kreisstraße handle und der Kreisel somit auch unter die Zuständigkeit des Kreises falle.

Ein weiterer Bürger fragt, warum am evangelischen Pfarrhaus kein Parkplatz für Besucher reserviert sei.

Der Bürgermeister erläutert, dass es nicht gehe, für z.B. ein Haus oder Gewerbe Parkplätze im öffentlichen Raum zu reservieren.

Der Bürger stellt fest, dass das evangelische Pfarramt aber öffentlich sei.

Der Bürgermeister sagt, dass das Reservieren von Parkplätzen für eine Institution nicht funktioniere. Wo fange man dann an und wo höre man auf? Noch nicht mal am Rathaus gäbe es reservierte Parkplätze für Besucher.

Die Bürgerfragestunde endet um 19.50 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Stadtrat Bergsträßer für die SPD einen Geschäftsordnungsantrag dahingehend, den TOP 4 „Stadtleitbild „Entwicklungsoffensive Neckargemünd“ – Rückschau, Fazit und Ausblick“ von der Tagesordnung zu nehmen. Man erwarte lange Diskussionen zu diesem Thema, das allerdings nicht dringend sei und auch nur zur Kenntnis genommen werden solle. Im Herbst sei das Thema beim neuen Gemeinderat besser angesiedelt. Außerdem werde der TOP 8 vermutlich sehr zeitintensiv.

Der Bürgermeister entgegnet, dass es aber wichtig wäre, heute einen Kenntnisstand zum Stadtleitbild zu geben. Es ginge auch darum, ob man so weiterverfahre.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 17 Ja- zu sechs Neinstimmen und zwei Enthaltungen angenommen. Der TOP 4 wird somit in der heutigen Sitzung nicht behandelt.

Anschließend stellt Stadtrat Fritsch den Geschäftsordnungsantrag, den TOP 8 „Erwerb Martin-Luther-Haus“; An der Friedensbrücke 2; Flst. Nr. 524/1 und 527, Gemarkung Neckargemünd“ von der Tagesordnung zu nehmen, da die Informationen nicht ausreichen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass Stadtrat Fritsch an der Hauptausschusssitzung teilgenommen und dort Rederecht gehabt habe. Bei Bedarf hätte er also nachfragen können. Er persönlich wolle, dass der TOP heute behandelt werde.

Stadtrat Dr. Rothe verlässt aufgrund von Befangenheit aufgrund seiner Zugehörigkeit im Kirchenvorstand vor der Abstimmung den Sitzungsrund und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit einer Jastimme mehrheitlich abgelehnt.

Stadtrat Dr. Rothe kehrt auf seinen Platz im Gremium zurück.

Stadträtin und Ortsvorsteherin Linier bittet darum, beim Sachverhalt Stadtleitbild zukünftig alle Unterlagen auch an die Ortsteile zu schicken.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 03/2024 vom 19.03.2024**

1.1: Sachvortrag:

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: Beratung:**1.3: Beschluss:**

Das Protokoll wird von den beiden Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Einarbeitung der redaktionellen Änderungen von Stadträtin Linier und Stadtrat Schimpf wird veranlasst. Stadträtin Groesser bittet noch um die Zurverfügungstellung von zwei zugesagten Informationen aus TOP 4.2 und 11.4.

2: Einführung Jobbike**2.1: Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung, Mobilität und Klimaschutz ist dem Originalprotokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage.

2.2: Beratung:

Stadtrat Wachert schlägt vor, den Auftrag zu teilen, damit man eventuell örtliche Unternehmen beauftragen könne.

Der Bürgermeister widerspricht. Das Vergaberecht verbiete eine solche Vorgehensweise.

Stadtrat Katzenstein findet den Vorstoß zum Jobbike eine prima Sache. In Freiburg sei die Firma JobRad GmbH schon lange aktiv. Genau wie bei „Jobbike“ handle es sich gewissermaßen um Makler, örtliche Fahrradhändler könnten also durchaus profitieren. Sein Dank gelte den städtischen Mitarbeitern und dem Personalrat, die die Idee initiiert und aufgegriffen hätten.

Der Bürgermeister sagt, dass die Interessensumfrage unter den Mitarbeiter während der Personalversammlung stattgefunden habe.

Stadtrat Rehberger ergänzt, dass die Freien Wähler schon vor drei Jahren bei den Haushaltsberatungen wegen Jobbikes angefragt hätten. Allerdings habe Verdi damals dazwischen gegrätscht, weil bei einer Verrechnung aus dem Bruttogehalt den Mitarbeitern anteilige Rentenpunkte verloren gegangen wären.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Sachverhalt nicht so einfach gewesen sei.

Stadtrat Katzenstein bestätigt, dass das Land daher das Jobrad auch zunächst nur für die Beamten und erst seit diesem Jahr auch für die Angestellten anbiete.

Der Bürgermeister schlägt vor jetzt abzustimmen, da es inhaltlich nichts zu deuteln gäbe.

2.3: Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung einstimmig mit der Ausschreibung eines Rahmenvertrages über das Leasing von Diensträdern gemäß Tarifvertrag – Fahrradleasing.

3: **Fortschreibung des Teilregionalplanes Windenergie und Freiflächenphotovoltaik zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar, hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange - Stellungnahme**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister informiert, dass der GVV angeschrieben und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert wurde und übergibt das Wort an Herrn Ansorge.

Herr Ansorge erläutert seine Vorlage. Es sei höchste Zeit, dass die beiden Flächen im Teilregionalplan ergänzt und aufgenommen würden. Deshalb solle nunmehr eine entsprechende förmliche Stellungnahme durch den Gemeinderat erfolgen. In Bezug auf die Windenergie sei festzuhalten, dass es hierbei um eine Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie ginge, während der Teilregionalplan Freiflächenphotovoltaik erstmalig aufgestellt wird

Der Bürgermeister ergänzt, dass es wichtig sei zu verstehen, dass damit heute kein Beschluss zur Verfügungstellung der Flächen getroffen würde.

3.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser unterstreicht, dass sie unbedingt dafür sei, dass Neckargemünd sich dafür einsetze, damit diese Gebiete aufgenommen würden. Sie appelliere an die Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, dass diese ihre Parteileute im Verband auf das Anliegen aufmerksam machten und um Unterstützung bäten. Mückenloch könne in Sachen Freiflächenphotovoltaik Vorreiter für die Gesamtstadt werden. Sie möchte wissen, was passiere, wenn der Verband nein sage?

Herr Ansorge erläutert, dass das Land 0,2% Flächenanteil für Solarnutzung, gerne aber auch mehr, vorgesehen habe. Der Teilregionalplan solle dieses Soll erfüllen. Eine Nichtaufnahme sei aber kein Ausschlusskriterium. Bei der Windenergie sei es schwieriger. Wenn hier das Ziel erfüllt sei, seien weitere Flächen ausgeschlossen.

Stadträtin Groesser fragt wie man verbindlich sicherstellen könne, dass die Neckargemünder Stellungnahme dann auch beim Verband ankomme.

Herr Ansorge sagt, dass er hinfahren und die Stellungnahme persönlich übergeben werde.

Stadtrat Fritsch teilt mit, dass er dem Beschlussvorschlag zur Fläche der ehemaligen Mülldeponie in Mückenloch zustimmen werde. Eine Umsetzung wurde bisher von der großen Politik verhindert. Beim Lammerskopf könne er aber nicht zustimmen. Zehn Minuten geplante Besprechungszeit für diesen TOP seien ohnehin zu niedrig angesetzt.

Stadtrat Bergsträsser bedankt sich bei Stadträtin Groesser für Unterstützung von Mückenloch. Der TOP habe gestern nicht im Ortschaftsrat auf der Tagesordnung gestanden. Der Sachverhalt sei bereits seit zehn Jahren, bereits unter Bürgermeister Althoff, in der Diskussion. Zwischendurch wurde behauptet, dass es sich um wertvolles Ackerland handeln könne. Man hätte es gestern gerne diskutiert, es sei allerdings nur in der Bürgerfragestunde – und da zustimmend, angesprochen worden. Es werde Zeit, dass etwas passiere.

Der Bürgermeister stellt fest, dass hier keine neue Entscheidung getroffen werde, vielmehr gehe es darum, die Sachverhalte Solar und Windenergie durch die

Aufnahme der Fläche in den Teilregionalplan zu verdeutlichen und neuen Schwung reinzubringen. Er schlägt vor über die beiden Punkte getrennt abzustimmen.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat verständigt sich zunächst darauf, getrennt über die beiden Sachverhalte abzustimmen.

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mehrheitlich bei einer Neinstimme, sich im Beteiligungsverfahren wie folgt zu äußern: Der Untersuchungsraum am Lammerskopf soll unmissverständlich in der Kartendarstellung um die Neckargemünder Teilfläche ergänzt werden.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung einstimmig, sich im Beteiligungsverfahren wie folgt zu äußern: Der Bereich der ehemaligen Deponie in Mückenloch soll in die Planung aufgenommen werden.

Es folgt eine Pause von 20.30 - 20.35 Uhr.

4: **Stadtleitbild „Entwicklungsoffensive Neckargemünd“ – Rückschau, Fazit und Ausblick**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

4.2: **Beratung:**

-

4.3: **Beschluss:**

Der TOP wurde aufgrund des Geschäftsordnungsantrages von Stadtrat Bergsträsser (SPD), der mit 17 Ja- zu sechs Neinstimmen und zwei Enthaltungen angenommen wurde, von der Tagesordnung genommen.

5: **Durchführung des Bohrer- und Katharinenmarktes 2024**

Vor Einstieg in den TOP sagt der Bürgermeister, dass er sich sehr über den Zeitungsartikel in der RNZ vom Samstag geärgert habe. Im letzten Jahr habe es einen Gemeinderatsbeschluss gegeben, mehrheitlich bei einer Neinstimme und einer Enthaltung verabschiedet, den Bohrermarkt 2023 ohne Festzelt stattfinden zu lassen. Im Nachgang seien alle unglücklich über diese Entscheidung gewesen.

Stadtrat Wachert meint, er sei schockiert über den Artikel gewesen und habe Herrn Moll diesbezüglich angeschrieben. Auf einen Leserbrief habe er dann allerdings verzichtet, um das Ganze nicht zum Wahlkampfthema zu machen. Frau Vollmer

mache einen guten Job und die Entscheidung, den Bohrermarkt ohne Festzelt stattfinden zu lassen, sei hier im Gremium so getroffen worden.

Stadtrat Dr. Rothe bemängelt, dass das in dem Artikel von der Schützenvereinigung gesprochen wurde, es handle sich aber um die Schützengesellschaft von 1781 Neckargemünd e.V. und bevor man über einem Fehlstart schreibe, solle man bitte besser nachfragen.

Stadtrat La Licata ruft in Erinnerung, dass er der Einzige gewesen sei, der damals für das Festzelt votiert hatte – er also der Konservativste von allen gewesen sei.

Stadtrat Bergsträsser korrigiert dahingehend, dass die SPD in dem Antrag nicht gesagt habe, dass Frau Vollmer keine gute Arbeit leiste. Jeder Fraktionsvorsitzende habe den Antrag in Kopie erhalten und hätte verstehen können, warum man den Sachverhalt behandelt haben wollte.

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Frau Vollmer erläutert ihre Vorlage, die sich in einen kurzen Rückblick, das geplante neue Durchführungskonzept und den Antrag der SPD vom 28.11.2023 gliedert. Die beiden Bohrermärkte 2022 und 2023, also nach Corona, seien ein Pilotprojekt gewesen, worüber sich sowohl der Gemeinderat als auch der Bürgermeister und damit die Verwaltung bewusst gewesen seien. Im April 2023 habe sich der Gemeinderat mit 26 Ja- zu einer Neinstimme und einer Enthaltung für das Konzept entschieden. Dieses Konzept sei seinerzeit detailliert und inkl. des geplanten Programms besprochen worden. In dem Pilotprojekt seien Erfahrungen gesammelt und zwei Alternativen ausgetestet worden. Aufgrund der gemachten Erfahrungen wolle die Verwaltung den Bohrermarkt 2024 nun wieder mit einem Festzelt stattfinden lassen. Die Mitglieder des Gemeinderates hätten im Vorfeld mit der Einladung das detaillierte Konzept bekommen. Diese Version sei nicht-öffentlich, da auch Zahlen des Festzeltwirts enthalten seien. Sie bitte darauf, auch in der späteren Beratung, Rücksicht zu nehmen. Die Presse und die Besucher hätten eine angepasste Version mit geschwärzten Passagen zur Verfügung gestellt bekommen. Im Wesentlichen seien folgende Änderungen für 2024 vorgesehen: die Veranstaltung wieder mit Festzelt, Eintritt für die Abendveranstaltungen am Freitag und Samstag (5€ und 8 €), Seniorennachmittag mit Kaffee und Kuchen im September/Oktobre im Schulzentrum und dafür am Seniorennachmittag am Bohrermarkt nur kleineres Unterhaltungsprogramm, kein Feuerwerk, weniger kostenintensive Werbemaßnahmen, dafür mehr Werbung auf Social Media.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz hält nochmals fest, dass auf das Festzelt aus finanziellen Gesichtspunkten (Haushaltsstrukturkommission) verzichtet worden sei. Man habe es versuchen wollen und habe nun gesehen, was daraus wurde. Es sei nüchtern festzuhalten, dass es nicht funktioniere. Das Festzelt gehöre zum Bohrermarkt und sei unverzichtbar – man müsse nun also nach anderen Alternativen schauen, wie man Kosten reduzieren könne. Trotz aller Kritik enthalte der SPD-Antrag auch positive Ansätze: ein Beteiligungsgremium sei durchaus sinnvoll. Die Verwaltung meine zwar,

sie wisse alles besser, aber ein Runder Tisch solle doch bitte zustande kommen. Eine Detailfrage habe er zu den Eintrittsgebühren am Freitag. und Samstagabend. Wem sollten diese zu Gute kommen? Den auftretenden Bands? Dem Festzeltwirt?

Frau Vollmer informiert, dass die Einnahmen an die Stadt fließen sollten. Der Bohrermarkt sei ein Verlustgeschäft für die Stadt. Daher müsse man dringend die Einnahmen steigern und die Kosten reduzieren.

Stadtrat Fritsch bedankt sich bei Frau Volmer für die aufopfernde Arbeit. Corona sei wie ein Schnitt gewesen, anschließend waren viele zögerlich. Nur Stadtrat La Licata habe das Festzelt gewollt. Das neue Konzept sei jetzt eine schöne Sache. Sein Dank gelte der Verwaltung.

Stadtrat La Licata sagt, dass ihm schon klar gewesen sei, dass die Kollegen im Gremium das Festzelt nicht aus Jux und Tollerei abgeschafft hätten, allerdings hätte er die Idee einfach als „Mist“ empfunden. Eine zusätzliche Kommission für den Bohrermarkt halte er nicht für notwendig, es gäbe schon genug Gremien. Die Organisation sei klassische Verwaltungstätigkeit.

Stadtrat Wachert informiert, dass den Freien Wählern das Konzept gefalle und ihrer Meinung nach, ein Ausschuss nicht nötig sei. Eventuell könne man die Vereine noch etwas einbinden.

Stadtrat Bernauer spricht für die CDU. Das Konzept enthalte sehr gute Hintergedanken, einen Arbeitskreis halte man nicht für unbedingt nötig. Allerdings fehlten seiner Fraktion belastbare Zahlen für dieses Jahr. Über welchen Verlust spreche man? Sei einmal in Erwägung gezogen worden, ein eigenes Festzelt zu erwerben? Gerne ein Großes, das auch in kleinere Bestandteile aufgeteilt und dann bei Bedarf auch den Vereinen zur Verfügung gestellt werden könnte.

Stadtrat Katzenstein fragt nach den Kosten.

Stadtrat Meyer nennt eine Summe ab 100.000€.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass das Ganze mit Auf- und Abbau aber um einiges teurer werde.

Stadtrat Bergsträsser bestätigt, dass auch die SPD 2023 im Gemeinderat für die Durchführung ohne Festzelt gestimmt habe. Der jetzige Antrag habe auch nichts mit Wahlkampf zu tun, dies läge jetzt am Zeitpunkt der Behandlung. Der Antrag hätte einfach innerhalb einer angemessenen Frist auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, aber der Bürgermeister mache eine angemessene Zusammenarbeit in den letzten Jahren sehr schwer. Der Arbeitskreis sei auch nur für die Organisation des diesjährigen Bohrermarktes angedacht gewesen. In der letzten März Sitzung habe er bereits zu dem Thema angemessenen Fristen Stellung genommen. Seit dem Oktober 2023 sei das Thema Bohrermarkt nicht mehr vorgelegt worden und jetzt solle der SPD-Antrag heute parallel zur Vorstellung des Konzeptes, welches als nicht-öffentlich gekennzeichnet sei, behandelt werden. Definitiv fehle nun die Zeit für einen Arbeitskreis, man habe eine weitere Chance versäumt. Die SPD werde nicht zustimmen.

Der Bürgermeister bekräftigt, dass die Organisation eines Volksfestes in anderen Kommunen Geschäft der laufenden Verwaltung sei. Stadtrat Bergsträsser mahne Transparenz an, jetzt sei es auch wieder nicht recht.

Frau Vollmer informiert, dass sie sich mit Herrn Horvath in einer Ausschreibung befände, daher könne sie keine aktuellen Zahlen nennen. Das nicht-öffentliche Konzept habe man den Mitgliedern des Gemeinderates ausdrücklich wegen der

Transparenz zur Verfügung gestellt. Allerdings enthalte es – wie zuvor erläutert – sensible Daten des Festzeltwirts. Für die Presse und Besucher sei daher eine Version mit geschwärtzten Zahlen vorbereitet worden.

Stadtrat Wachert hält fest, dass der Aufwand für den Auf- und Abbau eines Festzeltes nicht zu schaffen sei. Auch die Folgekosten für die Instandhaltung oder Reparatur etc. seien nicht zu vernachlässigen. Das sei Ganze daher nicht stemmbar.

Stadtrat La Licata äußert sich unzufrieden über den Umgangston und die Arbeitsweise im Gremium. Das Problem liege nicht am Bürgermeister. Der Beitrag der SPD-Fraktion sei unsachlich gewesen. Die Zahlen habe man nicht-öffentlich bekommen, jetzt bespreche man den TOP aber in der öffentlichen Sitzung. Der Bohrermarkt sei für ihn schon als Kind immer ein Highlight gewesen.

Stadtrat Bernauer sagt, dass ihm schon klar sei, dass der Gemeinderat das Festzelt nicht selbst aufbauen könne. Er bitte um die Bereitstellung der aktuellen Zahlen an das Gremium, sobald diese bekannt wären, auch inklusive der Gegenrechnung eines eigenen Festzeltes. Evtl. könnten die Vereine darin dann die Bewirtung übernehmen.

Frau Vollmer sagt zu, zunächst mit Frau Polte und Herrn Horvath Rücksprache zu halten und sich dann zu melden.

Stadtrat Katzenstein meint, man solle jetzt nach vorne schauen. Für den diesjährigen Bohrermarkt sei es zu spät. Die Ideen könne man aber zu einem späteren Zeitpunkt nochmals aufgreifen und mit dem neuen Gemeinderat debattieren. Evtl. könne die SPD ihren Antrag zurückziehen und nach den Kommunalwahlen bzw. im Januar/Februar 2025 einen neuen Antrag stellen. Die Vereine sollten gerne miteingebunden werden.

Frau Vollmer hält fest, dass ein Arbeitskreis zusätzliche Abendtermine fordere. Denkbar sei aber ein Workshop – mit oder ohne Festzeltwirt. Wobei man aktuell noch nicht wisse, welcher Festzeltwirt käme. Die Idee beim Seniorennachmittag 10.-Klässler bei der Bewirtung zu integrieren, sei gut angekommen.

Stadtrat Fritsch bittet darum, endlich zum Ende zu kommen. Man möge abstimmen. Stadträtin Linier sagt, der Frust sei aufgekommen, weil der SPD-Antrag so lange nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Wenn der Antrag, wie es früher Tradition war, nach zwei Monaten auf der Tagesordnung gestanden hätte, wäre alles gut gewesen.

Stadtrat Hornung stellt fest, dass durch das späte Auf-die-Tagesordnung-Setzen des Antrages jetzt auch keine Zeit mehr bliebe, um mit den Vereinen und interessierten Bürgern zu sprechen. Die Alternative ohne Festzelt sei keine Lösung gewesen, jetzt müsse man weitersehen.

Der Bürgermeister informiert, dass der Bohrermarkt beim Vereinsabend durchaus Thema gewesen sei, aber es habe sich kein Verein gemeldet. Die Vereine wüssten was bei einer Veranstaltung dieser Größenordnung über mehrere Tage auf sie zukäme.

Stadtrat Bergsträsser zieht den Antrag der SPD zurück.

Der Bürgermeister bedankt sich dafür und spricht von einer guten Basis für die weitere Organisation. Somit werde nun nur über das Konzept abgestimmt.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich mit 16 Ja- zu einer Neinstimme und acht Enthaltungen, dem Vorschlag der Verwaltung den Bohrer- und Katharinenmarkt 2024

mit Festzelt stattfinden zu lassen, stattzugeben. Die im Konzept aufgeführten Änderungen wurden zur Kenntnis genommen und sollen so durchgeführt werden. Vorab hatte die SPD ihren Antrag vom 28.11.2023 „Einrichtung eines Arbeitskreises „Bohrermarkt““ zurückgezogen.

6: **Nutzungskonzept E-Werk/Jugendbeteiligung (mündlicher Sachstandsbericht)**

6.1: **Sachvortrag:**

Frau Vollmer informiert zum letzten Jugendforum, das am 29.07.2023 stattfand. Hierfür wurden wie jedes Jahr alle Kinder und Jugendlichen zwischen zehn und zwanzig Jahren, dieses Mal insgesamt 1441 Personen, angeschrieben und eingeladen. Bei der Veranstaltung seien zunächst die Wünsche der Kinder und Jugendlichen durchgegangen worden: es sei z.B. ein Treffpunkt für Kinder und Jugendliche gewünscht worden oder projektbezogene Veranstaltungen wie z.B. die Möglichkeit Graffiti zu sprayen oder die Bepflanzung von städtischen Grünstreifen. Anschließend sei man gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen in die Ausarbeitung eines Konzeptes gegangen. Hier sei es darum gegangen, eine Möglichkeit zu finden, die einerseits für Stadt machbar sei und andererseits die Wünsche und Vorstellungen der Jugendlichen beinhalte. Dieses Konzept habe man dann intern weiterentwickelt, es handle sich aber aktuell noch um Planungen. Die letztendliche Umsetzung hänge noch von vielen verschiedenen Faktoren ab, u.a. auch von weiteren Entscheidungen des Gemeinderates. Man möchte ein neues Jugendzentrum für die Kinder und Jugendliche, in dem es möglich sein solle, die Jugendarbeit in den Alltag der Kinder und Jugendlichen zu integrieren. Damit solle das JUZ zum einen ein klassischer Treffpunkt werden, zum anderen wolle man die Kinder und Jugendlichen vor Ort in die Jugendbeteiligung und damit in die direkte städtische Entwicklung mit einbeziehen. Ein weiterer Wunsch aus dem Jugendforum seien projektbezogene Veranstaltungen gewesen. Daher solle es regelmäßige monatliche Workshops im Rahmen des JUZ geben. Hier könnten die direkten Wünsche der Jugendlichen umgesetzt werden und sie könnten direkt bei Planung und Durchführung unterstützen. Man könne auch regelmäßig über die Kommunalpolitik informieren und um Feedback bzw. Beteiligung bitten. Das höre sich im ersten Moment natürlich sehr gut an, stelle die Verwaltung intern aber vor einige Problematiken. Wo solle das stattfinden, wie viele Abende sollten im Monat oder in der Woche angeboten werden, wer kümmere sich darum und was werde das kosten. Diese Fragen könnten heute Abend nur teilweise beantwortet werden. Nach dem aktuellen Plan solle das JUZ im alten E-Werk integriert werden. Für dieses werde gerade parallel ein neues Konzept entwickelt, diese Konzeptplanung leite Frau Holzer. So möchte man sichergehen, dass die Belange der Jugendlichen bestmöglich umgesetzt würden. Sobald es in die Umsetzung der Konzepte gehe, werde man auch die Jugendlichen wieder mit ins Boot holen. Im alten E-Werk plane man Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die dauerhaft von den Jugendlichen als JUZ genutzt werden könnten. Hierfür brauche man allerdings auch eine Betreuung, die im Rahmen einer neuen Stelle möglich gemacht werden solle. Diese neue Stelle, gerne ein FSJler, solle ihren Arbeitsplatz im alten E-Werk bekommen und zum einen Teil die Betreuung der JUZ-

Abende und der Workshops übernehmen und zum anderen Teil für die Betreuung (Raumvergabe etc.) des alten E-Werks zuständig sein. Aktuell sei man noch dabei das Konzept des alten E-Werks zu erstellen. Sobald dies fertig sei, werde es eine Sitzungsvorlage „Konzept altes E Werk und Jugendbeteiligung im alten E-Werk“ für den Gemeinderat geben. Beide Punkte hingen direkt miteinander zusammen. Bis dahin werde man allerdings nicht untätig sein und habe auch für dieses Jahr, nach dem Sommerferien, ein Jugendforum geplant. Über das Datum werde noch rechtzeitig informiert.

6.2: **Beratung:**

Stadträtin Weber bedankt sich für das Update. Sie sei dabei gewesen und es werde tatsächlich schon sehr konkret geplant. Man sei im Flow. Definitiv brauche man eine Betreuungsperson und der Gemeinderat müsse sich über die Stelle und den Stellenumfang Gedanken machen. Das JUZ sollte ein bis zwei Mal in der Woche offen sein, FSJler könnten die Aufgabe ihrer Meinung nach aber nicht stemmen. Dies könne sie aus Erfahrung sagen, da sie selbst ein JUZ leite. Es falle tatsächlich viel Arbeit im Büro an. Heidelberg sei dahingehend deutschlandweit am besten aufgestellt, die Verwaltung möge sich dort bitte noch Input holen. Bei der Erarbeitung des Konzeptes sollte man auch die Aufgaben der geplanten Stelle schon konkret definieren. Sie interessiere noch der Sachstand zum Skaterpark.

Frau Vollmer informiert, dass sie die Bearbeitung des Skaterparks Mitte letzten Jahres aufgrund ihrer Fortbildung und wegen der Fachlichkeit an den FB 5 abgegeben habe. Herr Seidel sagt, dass das Thema Skaterpark in der Prioritätenliste des FB 5 zunächst weiter hinten gelandet sei. Mittlerweile habe man einen Standort, müsse sich jetzt aber über die Größe der Anlage Gedanken machen.

Stadträtin Weber fragt, wann es weitergehe.

Herr Seidel sagt, dass der Sachverhalt jetzt wieder über Frau Vollmer laufe.

Ortsvorsteher Erles erinnert daran, dass in Dilsberg aktuell ein Graffiti-Projekt laufe und gibt die entsprechenden Informationen dazu weiter.

Stadträtin Streib pflichtet Stadträtin Weber bei, dass eine FSJ-Stelle für diese Aufgabe auch aufgrund möglicher pädagogischer Herausforderungen eher ungeeignet sei. Dass das Jugendforum stattfände, sei toll. Die Jugendlichen hätten gute Wünsche angebracht. Ihr Dank gelte Frau Vollmer für die geleistete Arbeit.

Frau Vollmer bestätigt, dass das Jugendforum jährlich stattfinde, für dieses Jahr sei es für Ende September angesetzt, müsse aber vermutlich auf Anfang Oktober (oder Anfang September) verlegt werden.

Stadtrat Bernauer fragt, ob man angesichts des Planungsstandes also mit einer Inbetriebnahme des JUZ in der 2. Hälfte 2025 rechnen könne.

Frau Vollmer sagt, dass man das JUZ im Alten E-Werk betreiben wolle, auch um Synergien durch Veranstaltungen zu schaffen. Daher wäre zunächst die Frage, wie es dort weitergehe. Man hoffe, dass der Sachverhalt „Altes E-Werk“ schnell in den Gemeinderat komme.

Stadtrat Hertel bedankt sich für die Ausführungen. Es sei wichtig, dass man parallel denke, sprich Umbau und Weiterentwicklung des Nutzungskonzeptes. Ein Betrieb war und sei auch während einer Umbauphase möglich.

Stadtrat Fritsch sagt, dass das E-Werk ertüchtigt werden müsse und dass man für die Jugend keinen Euro scheuen solle. Allerdings würden vermutlich ein paar 100.000€ nicht ausreichen. Frau Vollmer leiste gute Arbeit.

Herr Seidel meint, dass eine multifunktionale Nutzung mit einem Nutzungskonzept Kultur und einem Nutzungskonzept Jugend möglich sei. Es sei definitiv Platz für mehr. Eine Machbarkeitsstudie werde folgen.

6.3: **Beschluss:**

Kenntnisnahme des aktuellen Sachstands, ohne Beschluss

Es folgt eine Pause von 21.10 – 21.20 Uhr.

7: **Freiwilligentag (mündlicher Sachstandsbericht)**

7.1: **Sachvortrag:**

Frau Vollmer informiert zum Freiwilligentag, der alle zwei Jahre von der Metropolregion Rhein-Neckar organisiert werde, um das Ehrenamt sichtbar zu machen. Die Stadt diene als Vermittler. Der Freiwilligentag sei in zwei Bereiche aufgeteilt: einmal für Leute, die helfen und unterstützen möchten und einmal für Personen, die ein Projekt planen und dafür Unterstützung bräuchten. Das Ziel sei es, beide Seiten zusammenzuführen. Mitmachen könnten Einzelpersonen, Schulen, Unternehmen, Vereine, Organisationen und Kommunen. Beispielsweise könnte eine Firma ihre Mitarbeiter für einen Tag freistellen, damit diese sich bei Projekten in ihrer Region engagierten oder auch selbst ein Projekt starteten und dafür Mithelfer suchten. Das gleiche Prinzip funktionierte auch für Schulen, Vereine oder den Gemeinderat. Das bedeute, auch die Gemeinderäte könnten als Gremium oder auch als Partei am Freiwilligentag teilnehmen. Die Teilnehmer bekämen von der Metropolregion Rhein-Neckar Versicherungsschutz, Helfer-T-Shirts, sehr viel positive Werbung und für handwerkliche Projekte Hornbach-Gutscheine. Diese würden in der Mitte des Jahres verlost. Unterstützt werde die Veranstaltung bereits von BASF, SAP, Hornbach, Go7Group, Görtz, Sparkassenversicherung, ABT-Mediengruppe und der Klima Arena. Man könne sich bereits jetzt für Projekte anmelden oder selber Projekte starten. Außerdem gäbe es weitere Fördermittel vom Land für Vereine. Bei Bedarf könne man sich hierzu gerne an sie wenden. Neu in dieses Jahr sei die Tatsache, dass der Freiwilligentag zur Freiwilligenwoche werde. So hätten es Kindergärten, Schulen und Unternehmen einfacher mitzumachen und es könnten generell größere Projekte in Angriff genommen werden. Abschließend verweist Frau Vollmer auf den Link wie folgt: <https://www.wir-schaffen-was.de/freiwilligentag.html>

Der Bürgermeister bedankt sich bei Frau Vollmer für die Ausführungen.

7.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser sagt, dass man die Initiative nutzen sollte, um in der Stadt, z.B. rund um die Villa Menzer oder in den Kindergärten Hand anzulegen.

Der Bürgermeister bittet darum, Vorschläge an Frau Vollmer zu geben. Vielleicht wolle auch ein Elternbeirat aktiv werden. Frau Vollmer werde die Ansprechpartner dann zusammenführen.

Stadträtin Oppelt schlägt das Stadttor und die Friedhofmauer als mögliche Aktionsmöglichkeiten vor.

7.3: **Beschluss:**

Kenntnisnahme des aktuellen Sachstands, ohne Beschluss

Vor Aufruf des nächsten TOPs verlässt Stadtrat Dr. Rothe den Sitzungsrund.

8: **Erwerb Martin-Luther-Haus“; An der Friedensbrücke 2; Flst. Nr. 524/1 und 527, Gemarkung Neckargemünd**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage. Die evangelische Kirche müsse sich räumlich verkleinern und das Martin-Luther-Haus verkaufen. Der Wunsch der Kirche sei es, dass die Stadt das Gebäude übernehme. Die Verwaltung sähe es als notwendig an, dass das Martin-Luther-Haus für mittlere Veranstaltungen im Zugriff der Stadt bleibe. Aktuell merke man, auch durch das FREIRÄUME-Konzept, dass Räumlichkeiten für 20 Personen und mehr fehlten. Nach einer Brandschutzbegehung im März wären aktuell nur zwei Dinge zu ertüchtigen (Hintergrundbeleuchtung der Rettungswege und Kennzeichnung der Feuerlöscher), dann sei eine weitere Nutzung für Veranstaltungen mit bis zu 180 Personen möglich. Im Grunde gäbe es drei Möglichkeiten: Die Stadt könne entweder alles (Gebäude und Grundstücke) kaufen oder nur das Gebäude kaufen und die Grundstücke durch Erbpacht erwerben. Die dritte Möglichkeit (Erbpachtvertrag für alles) scheide nach Rücksprache mit der Kirche aus, da sie sich vom Gebäude definitiv trennen müssten. Zu reparieren seien der Fahrstuhl und das Flachdach, optional könne über eine neue Küche nachgedacht werden. Dies alles gelte für Veranstaltungen mit bis zu 180 Personen, bei Veranstaltungen mit mehr als 200 Personen seien weitere Sanierungen nötig, wobei es hierfür evtl. Förderprogramme gäbe.

Herr Seidel verweist auf die am vergangenen Dienstag digital versandten 70 Seiten Anlage. Die Vorlage sei eindeutig. Der Kalkulation in der Anlage 4 wurde zugrunde gelegt, dass die Räume zu wirtschaftlichen Preisen und nicht mit Rabatt angeboten werden.

8.2: **Beratung:**

Stadtrat Konrad sagt, dass man sich in der Fraktion einig gewesen sei, das Martin-Luther-Haus in den Besitz der Stadt zu übernehmen. Die Mehrheit sei dabei für den Kauf gewesen, da dann der Wert auch bei der Stadt stände, was beim Erbbaurecht nicht der Fall wäre. Beim Erbbaupachtvertrag zahle man zwar aktuell weniger, aber immerhin noch 20.000€ Zinsen pro Jahr, was über den langen Zeitraum zu einer Überzahlung führe. Auch das Grundstück stelle einen Wert dar und sei zentral gelegen. Zwar habe man aktuell keinen Plan, aber „was man hat, das hat man.“ Später könne man immer noch verkaufen. Die Option mit dem Kauf sei vielversprechender als die kurzfristige Einsparung.

Stadtrat Wachert spricht für die Fraktion der Freien Wähler und signalisiert deren Zustimmung zum Kauf von Grundstück und Gebäude. Ihn persönlich verbinde viel mit dem Martin-Luther-Haus.

Stadtrat Wagner nimmt für die CDU wie folgt Stellung:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben es uns nicht leicht gemacht mit dem Thema Martin-Luther-Haus. Es ist eben auch kein einfaches Thema, bei dem es ein klares ja oder nein gibt. Wir haben innerhalb der Fraktion lange und tiefgreifend diskutiert. Weil wir es für ein sehr wichtiges Thema halten, haben wir bei unserem Stadtverband ein Meinungsbild unserer Mitglieder erfragt und erhalten. Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es sich zeigen, ob wir aus der Vergangenheit gelernt haben. Die Stadt ist nicht arm an Gebäuden, die in einem eher desolaten Zustand sind. Vor einigen Jahren hat die Stadt mit diesem Gremium ein Objekt erworben, mit dem schönsten Gedanken und besten Vorstellungen, was daraus in der Zukunft werden könnte. Diese Träumereien sind nach Jahren auf den harten Boden der Wirklichkeit gelandet und wir wissen alle, dass diese Wirklichkeit nicht sehr positiv ausgefallen ist. Finanziell wie planerisch. Und nun wollen wir allen Ernstes dies wiederholen. Wir sollen ein Objekt erwerben, das mögliche Renovierungsarbeiten von 200.000€ in den nächsten 10 Jahren vorsieht. Darin sind keine großen Sanierungsmaßnahmen enthalten, sondern nur Schönheitsmaßnahmen. Das bedeutet, dass bei einem Erwerb dieser Immobilie nachträglich massive Kosten auf uns zu kommen. Wir reden von Elektrik, Küche, Brandschutz, Dach. Da sind wir schnell beim über 1 Millionen. Wie sollen diese finanziert werden? Wir haben jetzt schon Mühe unsere finanziellen Brandstellen zu löschen. Ob Turnhalle, Schulzentrum, Bauhof, Schwimmbad, Feuerwehr oder Rathaus. Auch hier gibt es viele Sanierungsfälle, die alle darauf warten angegangen zu werden. Abgesehen von der finanziellen Seite erschließt sich auch uns nicht, warum wir als Stadt dieses Gebäude erwerben sollten. Falls sich ein anderer Käufer findet, wer sagt denn, dass er das Konzept nicht genauso weiterführt? Warum sollte dieser denn nicht den Saal an Vereine, die Stadt oder private Personen vermieten? Auch dieser potenziellen Käufer wird bestimmt wirtschaftlich denken und den Saal weitervermieten wollen, um Einnahmen zu generieren. Somit hätten also alle weiterhin die Möglichkeit den Saal zu nutzen. Und wir als Stadt müssten nicht in die Rolle des Vermieters mit allen Vorteilen einer solchen Situation. Wir sind klar gegen den Kauf des Martin-Luther-Hauses. Nicht weil wir gegen einen Veranstaltungsort sind. Auch wir sehen die Vorteile für Vereine, Stadt und Bürger, aber es ist klar, dass diese Immobilie ein unüberschaubares Risiko für die Zukunft in sich trägt und wir möchten nicht dieses Risiko mit dem Kauf auf die nächste Generation abwälzen.“

Stadtrat Hertel spricht für die SPD und sagt, dass man auch eher in Richtung der Grünen und Freien Wähler tendiere. Das Gebäude liege gut und die Fläche wäre auch wieder veräußerbar. Man brauche den Grund und das Gebäude, das für wichtige Dinge genutzt werde. Wenn jemand anderes das Gebäude kaufe, werde dieser es vermutlich zu teuren Preisen vermieten. Diese seien für die Vereine nicht bezahlbar. Seine Fraktion sei der Meinung, dass man sich alle Möglichkeiten offenhalten sollte. Fragen habe man noch zum Aufzug, zur teilweisen Barrierefreiheit und zum Brandschutz (Bühnennutzung, Vorhänge). Gäbe es Ersatzteile für den Aufzug?

Der Bürgermeister bestätigt, dass der Aufzug reparabel sei und dass der Brandschutz für Veranstaltungen bis zu 180 Personen gewährt sei.

Stadtrat Hertel gibt zu bedenken, dass man das Martin-Luther-Haus auch während der Sanierungsphase im Alten E-Werk gut brauchen könne. Die SPD werde zustimmen.

Stadtrat Rehberger sagt, er müsse Stadtrat Wagner und der CDU widersprechen: man sei vielmehr verpflichtet, das Martin-Luther-Haus für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern. So ein Objekt käme die nächsten 100 Jahre nicht mehr auf dem Markt, der Wert werde sich steigern. Und die Stadt könnte bei einem eventuellen Verkauf sagen, was damit passieren solle. Die Kernstadt brauche auch einen großen Veranstaltungsraum. Zudem seien die Mieterträge nicht unerheblich, mit dem Erlös könne man die Darlehenszinsen ablösen. Auch sei der Zustand des Gebäudes nicht so schlecht wie von der CDU immer gesagt: die Fenster und die Heizung seien in Ordnung. Das Gebäude könne die kommenden 10 Jahre so genutzt werden.

Stadtrat La Licata hinterfragt welchen Schluss man aus Fehlkäufen ziehe. Auch seien unter einem CDU-Bürgermeister städtische Gebäude verscherbelt worden. Der Grund für den Kauf der Martin-Luther-Hauses sei, dass man einen großen Versammlungsraum brauche. Vereine seien mehr wert als Zahlen, der Kauf könne und werde sich rentieren. Die Verbhrtheit der CDU schade der Stadt.

Stadtrat Fritsch bemängelt das unschöne Hin und Her. Er möchte ein baureifes Grundstück zur Wiedervermarktung anbieten und deshalb mit der Kirche weiterverhandeln. Auch sei mit den Eigentümern des Nachbargrundstückes nicht anständig gesprochen worden. Die Stadt habe das Geld nicht. Er werde nicht zustimmen.

Stadtrat Bergsträsser sagt, dass er bei den Haushaltsberatungen noch gegen einen Kauf des Martin-Luther-Hauses argumentiert hätte. Mittlerweile habe er seine Meinung geändert. Vor allem unterstütze er die Aussage von Stadtrat Hertel zur anstehenden Sanierung des E-Werks. Grundstück und Gebäude sollten komplett erworben und das Gebäude unter den aktuellen Bedingungen 10 Jahre lang weiterbetrieben werden. Die Finanzierung sei in Aussicht gestellt. Er werde zustimmen.

Stadtrat Schmitz teilt ebenfalls mit, seine Meinung in Bezug auf seine Stellungnahme zum Haushalt geändert zu haben. Die Räume würden gebraucht und wenn das Martin-Luther-Haus von privater Seite betrieben würde, würde es für Vereine und Kulturschaffende zu teuer werden. Allerdings sei für ihn der Kauf des Martin-Luther-Hauses und der Erwerb der Grundstücke über Erbpacht nach wie vor eine Option: 180.000/190.000€ im Vergleich zu 700.000€. Man möge getrennt abstimmen.

Stadtrat Rehberger gibt zu bedenken, dass man das Grundstück in 25 Jahren abbezahlt habe.

Stadtrat Bernauer sagt, dass man verpflichtet sei, mit Steuergeldern verantwortungsvoll umzugehen. Auch seinen die Heizkosten in der Kalkulation nicht realistisch. Man müsse die Zinsen mit dem Verlust gegenrechnen. Er bitte um namentliche Abstimmung.

Stadträtin Oppelt bittet darum, doch zu hinterfragen, warum die Kirche verkaufen wolle. Sie sei selbst dort Nachbar und wünsche sich auch die Stadt als neuen Besitzer. Allerdings schreckten die riesigen Kosten ab. Wenn schon ein Erwerb, dann aber nicht über Erbpacht.

Stadtrat Scholl bittet um namentliche Abstimmung.

Stadtrat Katzenstein sagt, man müsse sich bei der Kirche bedanken, dass das Gebäude und die Grundstücke an die politische Gemeinde gehen solle und nicht einfach auf den Markt geworfen wurde. Dann hätte man von städtischer Seite keinen Zugriff mehr, daher sein Dank für die Option, es zu erwerben. Der Bedarf für große Räume sei da, siehe die Prunksitzungen oder große Hochzeiten. Daher befürworte er den Erwerb. Zum Thema Steuergelder und Finanzen sei festzuhalten, dass man bei Erbpacht zwar weniger ausbebe, aber lange zahle und keinen Gegenwert habe. Wenn man kaufe, gehöre das Gebäude und Gelände der Stadt. Beides sei sinnvoll. Denn man sei der Bürgerschaft nicht nur monetär, sondern auch gesellschaftspolitisch verpflichtet.

Der Bürgermeister bedankt sich bei den Mitgliedern des Gemeinderats für die Diskussion. Dass die CDU den Kauf des Martin-Luther-Hauses ablehne und auf ihrer Homepage gleichzeitig den Bau einer Stadthalle fordere, passe nicht zusammen. Das Martin-Luther-Haus sei multifunktional, eine Vermarktung könne über die FREIRÄUME erfolgen. Wenn die Stadt es nicht kaufe, lande es auf dem Markt, werde verkauft und abgerissen und dort neue Wohnungen gebaut. Er bittet darum, nun zunächst über die geforderte namentliche Abstimmung abzustimmen.

Die Mehrheit des Gemeinderats beschließt, namentlich über den Sachverhalt abzustimmen.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung in namentlicher Abstimmung mit achtzehn Ja- zu sechs Neinstimmen dem Erwerb des Objekts „Martin-Luther-Haus“; Flst. Nr. 524/1 und 527, Gemarkung Neckargemünd, zu einem Kaufpreis von 700.000€.

Mit „Ja“ stimmten die Stadträtinnen und Stadträte Bergsträsser, Groesser, Hertel, Hornung, Katzenstein, Konrad, La Licata, Linier, Schimpf, Schlüchtermann, Schmitz, Rehberger, Scholl, Streib, Striegel, Wachert und Weber sowie Bürgermeister Volk.

Mit „Nein“ stimmten die Stadträtinnen und Stadträte Bernauer, Fritsch, Meyer, Schendzielorz, Oppelt und Wagner.

9: **Mitteilungen und Anfragen**

Aus Zeitgründen wurde dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr aufgerufen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Schlüchtermann

Die Schriftführerin

Stadtrat Rehberger